

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro
gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverarbeitungsindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 21 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2126

Berlin, den 23. Mai 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — An die organisierten Arbeiter aller Länder. — Zu meinem Amtsantritt! — Die sozialpolitischen Friedensbedingungen der Entente. — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus anderen Organisationen. — Korrespondenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

Für die Woche vom 25. bis 31. Mai 1919 ist der 22. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbandsorgan gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

An die organisierten Arbeiter aller Länder!

Arbeiter! Genossen!

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Enteroffnung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen „Friedens“bedingungen herbeizuführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Über diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden schlimmer Art dar. An Stelle des versprochenen Rechtsfriedens, der die Versöhnung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Heloten und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Weststaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer Landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 35 Proz. unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewaltsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die 10. Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelsschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermesslicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsschulden aufgelegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Lohnsklaven der Kapitalisten der Weststaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Wargzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen

Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,38 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Fesseln wird unsere ganze Industrie lahmgelegt und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Kriegführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus herangeführt worden war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit anderen Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterschuldkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bureaufürsten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefassten Mehrheitsbeschluss abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Trugbündnis des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterschutz.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente-Staatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Befundung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgestanden zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

Zu meinem Amtsantritt!

Wie schon aus der Bekanntmachung des Zentralvorstandes und Ausschusses in Nr. 18 unserer Verbandsorgans hervorgeht, hat der Unterzeichnete dem Rufe unserer höchsten Instanzen Folge geleistet und Mitte des Monats Mai die Redaktion der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ übernommen. Ich muß gestehen: Nach dem Abgang des bisherigen Redakteurs, Kollegen Weinschild, der 8 Jahre die Leitung des Verbandsorgans zur fast reiflichen Zufriedenheit aller Kollegen vollführte, ist mir der Entschluß, den verlassenen Posten anzunehmen, nicht gerade leicht geworden. Wenn ich mich unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen dennoch dazu entschloß, so leitete mich hierbei ausschließlich das Interesse der Gesamtorganisation, demgegenüber ich persönliche Rücksichten schon immer hintenangeseht habe, und die Hoffnung, das Vertrauen, welches Hauptvorstand und Ausschuß nach dieser Richtung in meine Person setzten, ihnen sowohl als auch der gesamten Mitgliedschaft gegenüber rechtfertigen zu können. Ich hege diese Hoffnung trotz aller Schwierigkeiten, die der Haltung des Verbandsorgans wie unserer gesamten Funktionäre geradezu zu gegenwärtigem Zeitpunkt erwachsen und die fast unüberwindlich scheinen. Wie Kollege Weinschild in seinem Abschiedswort in Nr. 16 unserer Zeitung zum Ausdruck bringt, verläßt er seinen bisherigen Posten, weil er sich dem von einem großen Teil unserer Mitglieder ausgeübten Gewissenszwang nicht unterwerfen will noch kann. Diese Gründe zur Amtsniederlegung trafen aber dann über kurz oder lang auf jeden seiner Nachfolger zu, wer es auch sei. Es wird nie einen Redakteur geben, der die Kunst versteht, es allen recht zu machen, da es einen solchen Menschen überhaupt nicht gibt. Die Freiheit des Denkens muß auch ich mir vorbehalten und die Daumenschrauben der Inquisition verträge ich so wenig wie mein Vorgänger. Ohne sich nach rechts oder links gebunden zu erachten oder mit dieser oder jener Richtung zu liebäugeln, muß es dem Redakteur mindestens so gut wie jedem anderen geschehen sein, zu den die gesamte Kollegenchaft beruhenden oder interessierenden Fragen frei Stellung zu nehmen und das zu sagen, was er für richtig und notwendig hält. Dieses Recht der Gewissensfreiheit und freier Meinungsäußerung, unbeeinträchtigt von Augenblicksstimmungen, muß ich auch für mich in Anspruch nehmen und ich glaube auch, kein vernünftiger Kollege wird es anders von mir verlangen. Ich stehe lange genug in der Arbeiterbewegung und mehr als 10 Jahre als besoldeter Funktionär an leitender Stelle in unserer Organisation, um mir ein selbstständiges Urteil in Wirtschafts- und die Kollegenchaft beruhenden allgemeinen Fragen bilden zu können. Und diese sind es doch in erster Linie, die unser Verbandsorgan zu behandeln hat. Für die Austragung politischer Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten haben wir andere Tribünen. Unsere Zeitung ist das Organ zur Wahrnehmung unserer beruflichen Interessen und soll es bleiben. Die Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele ist das erste, was wir zu vertreten haben. Ich habe auch auf

diesem Gebiete immer meinen Mann gestanden und jeden mit durch das Vertrauen der Kollegen übertragenen Posten reiflos ausgefüllt. Ich hoffe das auch als Redakteur unseres Verbandsorgans fertig zu bringen und wenn auch nicht jedermanns Zufriedenheit, so aber doch mindestens die Anerkennung unserer Kollegen auch auf diesem Posten zu erwerben.

Aus dem Kreise der Kollegen wurden mir zu Beginn meiner Redaktionsstätigkeit Glückwünsche übermittelt und daran die Hoffnungen geknüpft, daß es meiner Arbeit gelingen möge, die Gegensätze innerhalb der Kollegschaft zu überbrücken, damit unsere Organisation zum Besten der Allgemeinheit als geschlossene Front gegenüber dem Unternehmertum bestehen bleibe. Ich freue mich über diese Glückwünsche um so mehr, als sie ja meinen eigenen Hoffnungen entgegenkommen. Die Gegensätze innerhalb unserer Kollegschaft aber erachte ich gar nicht so groß und schwerwiegend und bin im Gegenteil überzeugt, daß wir im Ziel nach wie vor einig sind. Aber bekanntlich führen viele Wege nach Rom und über diese streitet man manchmal mehr oder weniger heftig; das Ziel aber steht fest und unverrückbar vor uns allen. Die Zeitung sei ein Spiegelbild unseres Organisationslebens und es werden alle in ihr zu Worte kommen können, die es ehrlich mit unserer Sache meinen und das gesteckte Ziel im Auge behalten. Auch für den gegenseitigen Meinungsaustausch innerhalb der durch das Verbandsinteresse gezogenen Grenzen hat die Zeitung Raum, ohne aber ein Kummelplatz persönlicher Angriffe und sinnlosen Streites zu sein, der den Feinden der Arbeiterbewegung nur Wasser auf ihre Mühlen liefern würde.

Ich erachte es an dieser Stelle nicht für notwendig, ein neues Programm für die zukünftige Haltung unseres Fachorgans aufzustellen. Das Organ ist von meinem Vorgänger im Amte derart redigiert worden, daß ich es mindestens nicht besser machen kann. Oberster Grundsatz ist und bleibt das gemeinsame Interesse unseres Verbandes, dem die Zeitung in jeder Hinsicht Ausdruck zu verleihen hat. Soll sie aber allen an sie gestellten Anforderungen gerecht werden, so ist es mit der Arbeit des Redakteurs nicht allein getan. Alle Kollegen und Kolleginnen sind dazu berufen, nach besten Können und Kräften mitzuwirken; ihrer tatkräftigen Mitarbeit kann die Zeitung nicht entraten. Mehr noch als mein Vorgänger muß ich daher an alle Kollegen die Bitte richten: „Helft mit an dem Aufbau und der Ausgestaltung unserer Zeitung, es ist euer Organ, dessen Aufstieg ihr damit fördert.“ Wie mit der Ausbreitung unserer Organisation und der stets zunehmenden Zahl unserer Mitglieder die Bedeutung des Verbandsorgans wächst, so muß auch der Stab seiner Mitarbeiter wachsen und alle müssen mit dazu beitragen, daß auch die Schriftleitung ihrer stets wachsenden Aufgabe voll und ganz gerecht werden kann.

Unter diesen Voraussetzungen bin ich an die Aufgabe herangetreten, in dieser Zubericht habe ich das schwere und verantwortungsvolle Amt des Redakteurs unserer Verbandszeitung übernommen. Ich hoffe dabei auf die getreue und tatkräftige Mitarbeit der Kollegen. Was an mir liegt, will und werde ich tun, die Erwartungen zu erfüllen, die man in mich setzt. Einem großen Kreis unserer Mitglieder ist der neue Redakteur nicht unbekannt, sie haben jahrelang mit mir in engster Fühlung zusammen gearbeitet, stets nur das Wohl der Organisation im Auge behaltend. Wie ich das in meinem bisherigen Wirkungskreis getan habe, so werde ich auch in meiner neuen Tätigkeit stets meine ganze Kraft und mein bestes Können daransetzen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, unsere Zeitung auf der Höhe zu halten, auf welcher sie bisher gestanden hat und ihren weiteren Ausbau so zu fördern, wie das die wachsende Bedeutung unseres Verbandes erfordert. Ich trage mich mit der Hoffnung, daß es mir gelingen wird. Ob in der alten Stellung oder in dem mit dem Zentralvorstand und Ausschuss nunmehr übertragenen neuen Aufgabenkreis, solange es die Kollegen wollen, gehört meine Kraft in erster Linie unserer Organisation, dem Verbandsrat der Sattler und Portefeuille.

Berlin, den 10. Mai 1919.

Carl Höf.

Die sozialpolitischen Friedensbedingungen der Entente.

Die der deutschen Friedensdelegation von den alliierten und assoziierten Regierungen am 7. Mai in Versailles überreichten Friedensbedingungen enthalten auch einen sogenannten sozialpolitischen Teil, welcher in 40 Artikeln eine Organisation innerhalb des Völkerbundes zur internationalen Behandlung von Arbeiterfragen zu errichten gedenkt. Das in diesem Dokument aufgestellte Arbeitsprogramm ist zwar äußerst reichhaltig, ja man kann sagen, es umfaßt so ziemlich alles auf diesem Gebiete Notwendige, doch ist der Aufbau der ganzen Organisation ein derartiger, daß man föhlig im Zweifel darüber sein kann, ob diese Organisation in der Lage oder auch nur gewillt ist, die ihr obliegenden Aufgaben und Fragen im Sinne der Arbeiterschaft der beteiligten Länder zu lösen. Die einleitende Vorrede verspricht ja ziemlich viel, aber man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß auch die Kapitalisten der Ententeiländer im Verpochen immer größer gewesen sind als im Kalten. Es wird darin gesagt, daß durch Arbeitsbedingungen, welche für eine große Zahl von Personen Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrung bedingen, der Weltfriede und die Weltharmonie in Gefahr geraten und darum eine Verbesserung dieser Verhältnisse dringend erforderlich sei. Die Festlegung eines Maximalarbeitstages und einer Maximalarbeitswoche, gemeinsame Maßnahmen über die Umwerbung von Arbeitskräften, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Zusicherung eines Lohnes, der angemessene Lebensbedingungen garantiert, Schutz der Arbeiter gegen Krankheiten und Arbeitsunfälle, Frauen- und Kinderschutz, Anerkennung der Koalitionsfreiheit und was dergleichen schöne Dinge mehr sind, werden im Ausblick gestellt, bewegt durch Gefühle der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, wie auch durch den Wunsch, einen dauernden Weltfrieden zu sichern. Wenn man das liest, sollte man kaum glauben, daß diese Grundzüge eines sozialpolitischen Programms von denselben Leuten aufgestellt werden, welche dem deutschen Volke die ungemein harten Friedensbedingungen auferlegten; denen jeder Zug von Gerechtigkeit und Menschlichkeit abgeht. Mit der praktischen Bewirklichung dieses Programms aber wird es auch schon deshalb gute Weile haben, weil die Zusammenführung der darin vorgesehenen maßgebenden Instanzen durchaus nicht den Geist atmet, der uns zur richtigen Erfassung der die internationale Arbeiterschaft bewegenden Fragen absolut notwendig erscheint. So unterstellt der Artikel 393 das zu bildende internationale Arbeitsamt einem aus 24 Personen bestehenden Verwaltungsrat, der sich wie folgt zusammensetzt: Zwölf Personen als Vertreter der Regierungen, sechs die Arbeitgeber vertretenden Delegierten und sechs Delegierte, welche die Angestellten und Arbeiter zu vertreten haben. Von den die Regierungen vertretenden 12 Personen sind acht von den Mitgliedern zu ernennen, denen die größte industrielle Bedeutung zukommt. Etwaige Meinungsverschiedenheiten über die Frage, welchen Mitgliedern die größte industrielle Bedeutung zukommt, werden vom Räte des Völkerbundes entschieden. An die Spitze des internationalen Arbeitsamtes wird ein Direktor gestellt, der vom Verwaltungsrat gewählt wird, von dem er auch seine Instruktionen erhält und dem gegenüber er auch verantwortlich ist. Im Verwaltungsrat sitzen also ganze sechs Leute, welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen haben gegenüber sechs Arbeitgeber und zwölf Regierungsvertretern, denen man in kapitalistisch regierten Ländern in Vertretung von Arbeiterinteressen wohl nicht allzuviel zutrauen darf. Was die sechs Vertreter der Angestellten und Arbeiter gegen die 18 Vertreter des internationalen Industriekapitals an Arbeiterforderungen durchzusetzen vermögen, wird wohl nicht allzuviel sein, zumal die Gewerkschaften der beteiligten Länder noch sehr der nötigen Stärke ermangeln.

Von ähnlicher Zusammensetzung ist auch die im Artikel 389 vorgesehene allgemeine Konferenz der Vertreter der Mitglieder, die nach Bedarf, wenigstens aber einmal im Jahre zusammenzutreten soll. Sie wird gebildet aus je vier Vertretern der Mitglieder, von denen je zwei die Delegierten der einzelnen Regierungen sind, während von den beiden anderen je einer die Arbeitgeber bzw. die Arbeiter der betreffenden Länder vertritt. Also auch hier wieder das Verhältnis von drei zu Eins, denn es leuchtet doch ohne weiteres ein, daß, wie beim Verwaltungsrat, die Regierungsvertreter eines kapitalistischen Staates nicht auf Seiten der Arbeiterschaft stehen werden. Auch die Einrichtung der technischen Ratgeber, welche jeder Delegierte, ohne Stimmrecht, zur Konferenz mitbringen darf, kann hieran nichts ändern. Die zeitgemäßer und brennenderen Fragen werden auf diesen Konferenzen nicht so erledigt werden, wie sie die internationale Arbeiterschaft

wünschen muß, ganz abgesehen davon, daß auch die Durchführung der auf den Konferenzen gefaßten Beschlüsse recht wenig gewährleistet wird, und in dieser Hinsicht fast überall eine Hintertür offen bleibt. — Auf Grund der im 4. Kapitel des sozialpolitischen Dokuments niedergelegten Übergangsbestimmungen wird die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Einberufung der ersten Konferenz betraut. Diese soll im Oktober 1919 in Washington stattfinden und ist folgende Tagesordnung dafür festgelegt:

1. Anwendung des Grundsatzes des Achtstundentages oder der 48-Stunden-Woche.
2. Fragen in bezug auf die Mittel zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit und zur Beseitigung ihrer Folgen.
3. Beschäftigung der Frauen:
 - a) vor oder nach der Niederkunft (einschließlich der Frage der Mutterschaftspflege),
 - b) während der Nacht,
 - c) bei ungesunden Arbeiten.
4. Beschäftigung der Kinder:
 - a) Altersgrenze für die Zulassung zur Arbeit,
 - b) Nacharbeit,
 - c) ungeteinte Arbeiten.
5. Ausdehnung und Anwendung der in Bern 1906 angenommenen internationalen Vereinbarungen in bezug auf die Nacharbeit der in der Industrie beschäftigten Frauen und auf das Verbot der Verwendung des weißen (gelben) Phosphors in der Zündholzindustrie.

Man darf gespannt sein, was dabei herauskommen wird. Zwar werden im Artikel 427 die in obiger Tagesordnung aufgestellten Fragen als besonders dringlich in allen beteiligten Ländern bezeichnet, ob und in welchem Sinne aber ihre Erledigung erfolgt, mag einstweilen dahingestellt bleiben. Deutschland und seine Arbeiterschaft ist ja von dieser Konferenz ausgeschlossen, da man diese Nation, wohl aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, im allgemeinen Völkerbund nicht haben will. Ob die Arbeiterschaft der Ententeiländer von der geplanten Konferenz viel Vorteile haben wird, muß die Folge lehren. Die deutsche Arbeiterschaft hat ihre Gesichte schon längst fest in die Hand genommen, und es wäre den Arbeitern der Völkerbundnationen dringend anzuraten, das gleiche zu tun. Sie werden ohnehin nicht darum herumkommen.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 13. und 14. Mai tagte in Berlin eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften. Einleitend gab Legien einen Bericht über die gegenwärtige Situation angesichts des von der Entente uns angebotenen Friedensvertrags, der an Schwere alles übertrifft, was das deutsche Volk während des Krieges durchleben mußte.

Die Konferenz beschloß einen Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder zu richten, der am Kopfe unseres Wortes abgedruckt ist.

Siniglich der Regelung des Lehrlingswesens schlägt Sassenbach für jedes Gewerbe paritätische Zentralkommissionen vor, die über Zahl der Lehrlinge, Art der Ausbildung, Arbeitszeit, Dauer der Lehrzeit usw. Bestimmungen auszuarbeiten haben. Ferner möchten für jeden Stadt- und Landkreis paritätische Bezirkskommissionen eingesetzt werden, die die Durchführung der Vorschriften überwachen sowie darüber entscheiden, welche Arbeitgeber Lehrlinge halten dürfen. Die Dauer der Lehrzeit soll im allgemeinen drei Jahre nicht übersteigen, müsse sich aber nach den Bedürfnissen des Gewerbes richten. Die systematische Ausbildung der Lehrlinge müsse durch Lehrpläne geregelt und deren Durchführung durch Zwischenprüfungen überwacht werden. Bei ungenügender Ausbildung müssen die Lehrlinge in einem anderen Betrieb auf Kosten des bisherigen Lehrmeisters oder des Gesamtgewerbes untergebracht werden. Heimarbeitern ist die Ausbildung der Lehrlinge grundsätzlich zu verweigern. Der Fach- und Fortbildungsschulunterricht müsse in die übliche Arbeitsdauer fallen. Die Zentralkommissionen haben auch ein einheitliches Kostgeld festzusetzen. Auch die Großindustrie müsse verpflichtet werden, Lehrstellen in ihrem Betriebe einzurichten. Lehrwerkstätten seien nur im Anschluß an praktische Betriebe einzurichten. Durch Sammellehrawerkstätten könne die Werkstatthilfe der Kleinbetriebe ergänzt und besonders begabten jungen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung geboten werden. Ferner seien geeignete Maßnahmen für Prüfung der Berufseignung, sowie für Berufsberatung getroffen worden, woran sich die Lehrstellenvermittlung anzuschließen habe. Die Frage der weiblichen Lehrlinge sei durch die Zentralkommissionen zu regeln. Den jungen unge-

bernten Arbeitern sei Gelegenheit zu fachtechnischer Ausbildung zu geben. In der Aussprache wurde auf die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen und weiterhin verlangt, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen geändert werden durch Ausdehnung der Handwerkskammern und Innungen und Übertragung der Lehrlingerziehung auf die Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter.

Ueber die Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse referierte Ullscheid, daß das gewaltige Wachstum der Gewerkschaften die Heranbildung einer breiten Mittelschicht von Gewerkschaftsvertretern, vor allem in den Betrieben notwendig mache, die in nächster Zeit, den großen Aufgaben der Gewerkschaften in bezug auf Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Arbeitsgemeinschaft, Betriebsdemokratie und Arbeitervertretung sowie Vorbereitung der Sozialisierung zu genügen. Diese Kurse sollen in den Betrieben und zwar zunächst in den Groß- und Mittelstädten über 50 000 Einwohner veranstaltet werden, Abendkurse sein und etwa vier Wochen dauern. Als Unterrichtsgegenstände sind in Aussicht zu nehmen: Tarif- und Schlichtungswesen, Arbeitervertretung und gegenwärtige Gewerkschaften und Angestelltenverbände. Als Lehrer kommen die Gauleiter, Arbeitersekretäre und Teilnehmer früherer Unterrichtskurse in Frage. In der Aussprache wird auf die Notwendigkeit von Kursen für Sozialisierung und öffentliche Verwaltung hingewiesen. Die Konferenz stimmte den Vorschlägen zu und ersuchte die Generalkommission, bis zur nächsten Konferenz über die Kostenregelung Vorschläge zu machen.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt der Generalkommission mit, daß für die Karten der Reichsarbeitslosenstatistik die Postkosten vom Reich gedeckt werden sollen. Mit dem Reichsstatistischen Amt soll über eine Vereinfachung dieser Statistik und über Verlängerung der Berichtstermine verhandelt werden.

Die von der letzten Konferenz beschlossene Herausgabe der Verhandlungen über die Arbeiter-Mätze als Agitationschrift soll den Vorständen in gewünschter Zahl zur Verfügung gestellt werden, ebenso die Protokolle der Vorstandskonferenzen, die während des Krieges stattgefunden haben.

Eine Resolution des Holzarbeiterverbandes, die eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise fordert, gibt dem Reichsernährungsminister Schmidt Anlaß, zu erklären, daß in absehbarer Zeit an eine Herabsetzung der Höchstpreise der wichtigsten Lebensmittel gar nicht zu denken, sondern im Gegenteil mit weiteren Steigerungen zu rechnen sei, da die Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren sinken, oder wenn ein starkes auswärtiges Angebot von auswärtigen Lebensmitteln zu erwarten sei, könne eine Herabsetzung der Höchstpreise in Frage kommen. Die hohen Schleichhandelspreise könnten dagegen durch bessere Organisation der Lebensmittelversorgung auf dem Lande bekämpft werden. Leider haben die Landarbeiter und Bauernräte dabei völlig versagt und seien zu einem großen Teil sogar Träger des Schleichhandels geworden. Es müsse daher der ländliche Beamtensapparat reorganisiert und durch städtische Arbeiterräte die Kontrolle auf dem Lande ersetzt werden. Der Minister hofft, daß wir mit den Getreidevorräten bis zur neuen Ernte auskommen und die Brotration aufrechterhalten können. Schlechter sehe es mit Kartoffeln und Fleisch aus. Kartoffeln seien vom Ausland zu sehr hohen Preisen (50 Mk. pro Zentner) zu bekommen. Das Reich will Zuschüsse leisten, um der Gemeinde Kartoffeln zu erträglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich der Fleischversorgung könne für die nächste Zeit keine Sicherheit für die Lieferung der bisherigen Rationen übernommen werden, da rückständige Eingriffe in die Viehhaltung nicht bloß den Widerspruch, sondern auch den Widerstand der Landbevölkerung hervorgerufen würde. Die Einfuhr fremder Lebensmittel sei nur möglich durch Erhöhung unserer Ausfuhr. Es sind deshalb wesentliche Ausfuhrerleichterungen für industrielle Erzeugnisse in Aussicht genommen. Es sind bereits namhafte Abschlässe für Lebensmittel erzielt, die indes, auf 50 Millionen Versorgungsberechtigte verteilt, recht geringe Quanten ergeben. In erster Linie sollen die Bergarbeiter und Industriebezirke sowie die Großstädte mit fremden Lebensmitteln versorgt werden. Bei der Einfuhr soll die Zentralisation durch stärkere Beteiligung des freien Handels ersetzt werden. In der Aussprache war Leipzig der Ueberzeugung, daß der Schleichhandel wirksamer bekämpft werden könne, wenn der Käufer nicht selbst strafbar gemacht werde. Im übrigen wurde über sehr ungleiche Erfassung des Viehes und über große Kartoffelvorräte in manchen Dörfern berichtet. Der Reichsernährungsminister erwiderte, daß nach der gegenwärtigen Rechtslage der Käufer nicht strafbar sei. Leider unterstützt das Publikum trotzdem die Bekämpfung noch viel zu wenig. Die Konferenz faßt das Ergebnis der Aussprache in der Entscheidung zusammen,

daß sie von der Regierung sofort schärfste Maßnahmen gegen Preiswucher und Schleichhandel fordert, weil diese die Ursache seien, daß die Arbeiterkraft immer höhere Lohnforderungen stellen müsse. Die Kommission, die mit der Ausarbeitung eines Auftrages gegenüber den Friedensbedingungen der Westmächte beauftragt war, legt der Konferenz einen Entwurf vor, dem die Konferenz zustimmt. Wir geben den Wortlaut des Auftrages, der telegraphisch verbreitet und den Landeszentralen der Gewerkschaften übermittelt werden soll, an anderer Stelle wieder.

Gegen die in der Vorstandskonferenz vom 1. April d. J. beschlossenen Änderungen in den „Gewerkschaftlichen Grundrissen“ haben die Vertreter der christlichen Gewerkschaften und G.-D. Gewerkschaften Einspruch erhoben. Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, diese Grundrisse in Vereinbarung mit den Gewerkschaftsrichtungen zur Erledigung zu bringen.

Die Konferenz ging dann zur Beratung des Entwurfs der Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über. Als Berichterstatter des Verhandlungsausschusses berichtet Leipzig, daß der Name „Deutscher Gewerkschaftsbund“ schon 1896 auf dem Berliner Kongress vorge schlagen, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gründung eines Bundes verjagt worden sei. Die Konferenz beschloß, dem Bund den Namen zu geben: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Die Einleitung zu den Satzungen erklärt, daß eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, „wenn sie sich als Zentralisation eines Berufs oder einer Industriebranche über das ganze Land ausdehnt“. Ein Antrag der Vorstände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Eisenbahner auf Erreichung der Worte „eines Berufs oder einer Industriebranche“ wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. Im übrigen wird der vorgelegte Satzungsentwurf ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Der diesjährige Gewerkschaftskongress in Nürnberg beginnt am 30. Juni. Vor dem Kongress soll eine Konferenz der Arbeitersekretäre am 27. Juni und die nächste Vorstandskonferenz am 28. Juni in Nürnberg stattfinden.

Am Schlusse der Konferenz verbreitete sich der Vorlesende des Deutschen Landarbeiterverbandes, U. Schmidt, über die Gesichtspunkte, nach denen in der nächsten Zeit die Landwirtschaft zu behandeln ist, wobei er sich gegen eine Verschärfung des Großbetriebes und gegen allzu weitgehende Förderung der Kleinwirtschaft ausspricht. Insbesondere warnt er vor Ueberhöhung der Stiehwasserformen. Auch vor genossenschaftlicher Bewirtschaftung der Landgüter sei zu warnen, während das Genossenschaftswesen beim Ein- und Verkauf von Bedarfsartikeln und Erzeugnissen große Dienste leisten könne. Der Zwischenhandel sei nach Möglichkeit auszugleichen. Ein allzu scharfer Eingriff in die Landwirtschaft durch Sozialisierung sei in den nächsten Jahren kaum zu empfehlen, dagegen müsse vieles zur Hebung der Landwirtschaft geschehen, was ebenfalls Eingriffe in die Landwirtschaft erfordere. Die Konferenz war der Meinung, diese Fragen durch den Redner auf dem Gewerkschaftskongress an geeigneter Stelle behandeln zu lassen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Lengsfeld (Erzgeb.). Mit der Firma Otto Reichel in Lengsfeld (Erzgeb.), Inhaber Rudolf Richter, wurden ab 1. Mai 1919 folgende Vereinbarungen getroffen. Ausgelernte erhalten 80 Pf. pro Stunde. Für Allere Kollegen werden 1,25 Mk., 1,40 Mk. und 1,65 Mk. pro Stunde gezahlt. Die Ferienfrage wurde dahin geregelt, daß Kollegen, die 1 Jahr im Betrieb sind, 3 Tage und diejenigen Kollegen, die länger als ein Jahr beschäftigt sind, 6 Tage Urlaub bekommen bei voller Bezahlung. Durch diesen Abschluß haben die Kollegen 12—20 Mk. mehr Verdienst, und können sich die im Betriebe beschäftigten Kollegen zufrieden geben, wenn auch vielleicht mancher nicht ganz auf seine Rechnung gekommen ist.

Nürnberg. Hier sind mit dem 9. Mai die örtlichen Verhandlungen zwecks Erhöhung der Feuerungszulagen in der Portefeuillebranche mit folgendem Ergebnis abgeschlossen worden. Auf die seither bestehenden Feuerungszulagen werden an verheiratete Arbeiter noch 33% Proz., an ledige Arbeiter noch 50 Proz. weitere Zuschläge bezahlt. Sämtliche gesetzlichen Feiertage einschließlich des 1. Mai werden gleichfalls voll bezahlt. — Der neue Reichstarif für die Treibriemenfabrikation wurde ebenfalls von den in Frage kommenden Kollegen akzeptiert. Nicht ganz zufrieden sind die Kollegen mit den Abmachungen des Sommerurlaub betreffend und hoffen, daß ihre Wünsche beim nächsten Vertragsabschluß berücksichtigt werden.

Stuttgart. Mit der Tarifbewegung in der Lebensmittelindustrie beschäftigte sich unsere gut be-

suchte Versammlung vom 30. April und nahm als Ergebnis folgendes Entschließen einstimmig an:

Die am 30. April 1919 im „Hauptstätter Hof“ in Stuttgart tagende, von Arbeiterinnen und Arbeitern der Reißerartikel- und Portefeuille-Industrie sehr stark besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von den bis jetzt gepflogenen Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifes. Sie bedauert, daß dieselben wegen der gegenwärtigen unruhigen Zeitverhältnisse nicht schon weiter gediehen sind und bringt einstimmig zum Ausdruck, daß sie in dem seitens des Deutschen Sattler- und Portefeuille-Verbandes und der Nürnberger Branchenkonferenz aufgestellten Reichstarifentwurfs das Mindestmaß derjenigen Forderungen sieht, deren Erfüllung im Interesse unserer Gesamtbranche dringend notwendig ist.

Die Versammelten sehen im Verband der Sattler und Portefeuille ihre einzige berufene Vertretung und sind bereit, jede Maßnahme, welche seitens dieses Verbandes zur Erreichung eines Reichstarifes für notwendig befunden werden sollte, mit allen Mitteln zu unterstützen.

Getreu ihrer feierlichen Gesinnung wird die Arbeiterkraft jede Verhandlungsmöglichkeit benötigen und erwartet daher, daß gemäß dem Beschluß der engeren Verhandlungskommission (Frankfurt a. M. 16. 4. 19) alle das Arbeitsverhältnis berührende Fragen durch die örtliche Arbeitsgemeinschaft zum Austrag gebracht werden. Als Richtlinie für Beschlüsse dieser Arbeitsgemeinschaft sollen bis zum Ablauf unseres jetzigen Tarifes die Bestimmungen unseres Reichs-Tarifentwurfs maßgebend sein!

Aus anderen Organisationen.

Hans Ragerl f. Der Hauptkassierer des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Hans Ragerl, ist am 10. Mai nach kurzem Krankenlager gestorben. Seit 21. Jahren, ab Mai 1898, bekleidete er dieses Amt zur größten Zufriedenheit seiner Organisation, die in ihm einen pflichttreuen Angestellten verlor.

Korrespondenzen.

Bamberg. In unserer am 5. Mai stattgefundenen Versammlung machte sich große Erbitterung unter den Kollegen geltend, da sich der Abschluß des Reichstarifes für die Lebensmittelindustrie verzögert. Die Frage ist um so brennender, weil durch die Verzögerung der Regierung die Feuerung in Bamberg sich sehr verschärft hat. Niemand darf ohne besonderen Ausweis die Stadt verlassen oder betreten, wodurch das Hamstern völlig unterbunden ist. Dazu läßt die Firma Pauliner angeblich wegen schlechten Geschäftsganges nur noch 36 Stunden pro Woche arbeiten und für den nicht geringen Lohnausfall will niemand einen Ausgleich zahlen. Vorstellungen bei der Stadtverwaltung und dem Ministerium haben bis jetzt nichts genützt. Die Versammelten bringen ihre Meinung in folgender Resolution zum Ausdruck:

„Die heute, den 5. Mai, stattgefundenen zahlreich besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Bamberg nimmt von der Notiz in Nr. 17 des Verbandsorgans, wonach die Reichstarifverhandlungen bis auf weiteres verschoben werden, mit Entrüstung Kenntnis. Einstimmig erhebt die hiesige Kollegenchaft Protest gegen die Verschleppung der Verhandlungen, die nur für die Unternehmer, aber keineswegs für die Kollegenchaft von Vorteil sein kann und verlangt von der Zentralisationskommission, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintritt, daß die Verhandlungen in kürzester Zeit zum Abschluß kommen, damit der Tarif dem Verprechen gemäß bis 1. Juli in Kraft tritt. Die Ruhe und Ordnung in Bayern sowie die Verkehrsverhältnisse sind wieder hergestellt und können die Verhandlungen sofort beginnen. Wir vertrauen weiter auf unsere Verbandsleitung und erwarten, daß sie uns bis 1. Juli den Reichstarif bringt, da sich besonders die hiesige Ortsgruppe bei ihrer letzten Lohnbewegung auf den Reichstarif berufen ließ und da es selbst durch eine Lohnbewegung unmöglich wäre, bei hiesigen Firmen vor Abschluß des Tarifes noch etwas herauszuholen.“

Güstrow. (7. 5. 19.) Mit 13 Mitgliefern trat am heutigen Tage unsere Ortsgruppe ins Leben. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege E. Kröger, Wiesener Str. 34 I, als 2. Vorsitzender Kollege Möller gewählt. Kassierer ist Kollege W. Benisch, Große Schloßstr. 8, Schriftführer Kollege F. Wendt, Nevioren sind die Kollegen Dürre und Bilm. Beschlossen wurde, an die hiesigen Arbeitgeber einen Tarifvertrag eingzureichen. Das Ergebnis geben wir in

nächster Zeit bekannt. Der wöchentliche Verbandsbeitrag beträgt 80 Pf. Beisetzungen wurde der Anschließ an das Gewerkschaftskartell. Die Versammlungen tagen einstmweilen alle 14 Tage.

Heilbronn. Eine außerordentlich gut besuchte Versammlung fand am Montag, den 28. April, hier statt. Dazu war Gauleiter Jig-Stuttgart erschienen, um einen Vortrag zu halten über Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften. In leicht verständlichen und sehr interessanten Ausführungen fesselte er die Kollegen. Die darauf folgende Diskussion war sehr lebhaft und zeigte, daß auch die Kollegen auf der Höhe der Zeit sind. In seinem Schlusswort ermahnte der Redner die Kollegen, nach wie vor treu zur Organisation zu halten und sie gegen jeden Angriff zu verteidigen. Es wurden dann noch die bei den hiesigen Kassefabriken eingereichten Forderungen besprochen und beschlossen, auf die restlose Bewilligung derselben zu bestehen. Dies kann aber nur geschehen, wenn eine gut organisierte Arbeiterschaft dahinter steht. Die Verwaltung ermahnt deshalb die Kollegen, zahlreicher als bisher in den Versammlungen zu erscheinen und an der Ausbreitung der Organisation mitzuhelfen. Wir rufen Euch deshalb nochmals zu: Auf, in die Versammlungen, hinein in die Organisation.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Uebertritte.

Die Kassierer und Funktionäre unseres Verbandes machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß bei Mitgliedsbüchern und -karten anderer Verbände, die zwecks Uebertritt in unsere Organisation an die Hauptverwaltung eingesandt werden, zuvor die Abmeldung im früheren Verband erfolgt sein muß. Andernfalls entstehen durch Rücksendung und Wiedereinsendung der Bücher nur unnötige Unkosten und Verzögerungen.

Erhebung über die Branchenzugehörigkeit unserer Mitglieder.

Den Ortsverwaltungen ging im Laufe dieser Woche ein Fragebogen über die Branchenzugehörigkeit unserer Mitglieder zu. Durch den Uebergang von der Kriegswirtschaft zur Friedensproduktion wird insbesondere unser Beruf stark in Mitleidenschaft gezogen und hat im Laufe der letzten Monate eine starke Verschiebung in den einzelnen Gruppen unseres Ge-

werbes stattgefunden. Es ist daher von sehr großem Interesse, sobald als möglich, spätestens aber bis zum 8. Juni den Fragebogen richtig ausgefüllt zurückzusenden. Bei pünktlicher Einsendung des Fragebogens braucht die

graue Karte

für die Feststellung der Arbeitslosigkeit am 24. Mai nicht eingefandt werden, da wir die nötigen Feststellungen für das Reichsstatistische Amt aus diesen Bogen ausziehen können.

Durchführung des Achtstundentages.

Die Generalkommission der Gewerkschaften veranstaltet im Auftrage der Vorstandskonferenz am 1. April eine Erhebung über die Durchführung des Achtstundentages. Wir bitten auch diesen Fragebogen, der mit gleicher Post zugestellt wird, nach der beigefügten Anweisung auszufüllen und bis spätestens zum 8. Juni einzuwenden zu wollen.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Bamberg. Die Adresse des Kassierers ist Anton Ames, Magazinstr. 6 I.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verw. Geschäftszweige.

Der unterzeichnete Vorstand beruft hiermit die mehrfach wegen der Kriegsverhältnisse verschobene regelmäßige

ordentlich. Generalversammlung

zu Sonntag, den 17. August, und folgende Tage nach dem Gewerkschaftshaus in Hannover ein. Eröffnung: vormittags 1/2 10 Uhr.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Prüfung und Bestätigung der Jahresrechnungen 1911-1918.
4. Beschlussfassung über die in den Jahren 1914, 1915 und 1918 gemäß § 20 Abs. 4 der Satzung vorgenommenen Satzungsänderungen.
5. Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Satzung.
6. Feststellung der Beamtengehälter.
7. Wahl und Entlastung des Vorstandes, des Aufsichtsrates und deren Ersatzmänner.
8. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnungen.
9. Verschiedenes.

Anträge, die auf die Tagesordnung der Generalversammlung kommen sollen, müssen dem Vorstand mindestens acht Wochen vor der Versammlung schriftlich mitgeteilt werden. (§ 21 Abs. 8 der Satzung.) Demnach sind solche Anträge bis spätestens zum 22. Juni an uns einzusenden. Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben, das nur auf einer Seite beschrieben werden darf, auch ist genau anzugeben, zu welchem Paragraphen der zurzeit gültigen Satzung der Antrag gestellt worden ist.

Die Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung muß nach § 21 Abs. 4 der Satzung vier Wochen vor derselben, und zwar in allen Verwaltungsstellen an ein und demselben Tage stattfinden.

Es sind deshalb am Sonnabend, den 19. Juli, in sämtlichen Verwaltungsstellen Hauptversammlungen zum Zwecke der Wahl anzuberaumen. Früher oder später stattfindende Wahlen sind unzulässig. Die Versammlungsanzeigen sind zum Zwecke der Veröffentlichung im Kassenorgan bis spätestens den 8. Juni an den Vorstand einzusenden.

Die Wahl der Abgeordneten findet in Wahlabteilungen statt. Die Einteilung derselben ist vom Vorstand im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat unter Berücksichtigung der am Schlusse des 1. Quartals in den Verwaltungsstellen vorhandenen gewesenen Mitglieder wie folgt vorgenommen worden:

- 1. Abteilung (Leipzig) 7 Abgeordnete; 2. Abt. (Berlin, Gildesheim, Neu-Ruppin) 6 Abg.; 3. Abt. (Offenbach, Weiskirchen) 3 Abg.; 4. Abt. (Stuttgart) 2 Abg.; 5. Abt. (Hannover) 1 Abg.; 6. Abt. (Dresden) 1 Abg.; 7. Abt. (München) 1 Abg.; 8. Abt. (Wieser) 1 Abg.; 9. Abt. (Dortmund) 1 Abg.; 10. Abt. Mühlheim a. M., Kumpenheim) 1 Abg.; 11. Abt. (Würgel, Grünstadt, Hanau, Mandel, Kirchheimbolanden) 1 Abg.; 12. Abt. (Fechenheim, Wilschossheim) 1 Abg.; 13. Abt. (Kaufen, Jügesheim) 1 Abg.; 14. Abt. (München, Augsburg) 1 Abg.; 15. Abt. (Hamburg, Altona, Bremen),

- Breslau, Lübeck) 1 Abg.; 16. Abt. Frankfurt a. M., Karlsruhe, Mainz, Wiesbaden) 1 Abg.; 17. Abt. (Bergun, Geusenstamm, Klein-Steinheim, Dammerspiel, Neu-Henburg) 1 Abg.; 18. Abt. (Freiburg i. B., Heilbronn, Mannheim) 1 Abg.; 19. Abt. (Chemnitz, Altenburg, Annaberg, Buchholz, Freiberg, Schleiz, Sehma) 1 Abg.; 20. Abt. (Eberfeld, Barmen, Düsseldorf, Essen, M. Gladbach) 1 Abg.; 21. Abt. (Dortmund, Köln, Viefelfeld, Dülmen, Hagen, Iserlohn, Solingen) 1 Abg.; 22. Abt. (Halle a. S., Braunschweig, Bries, Cassel, Erfurt, Gotha, Stettin, Zeitz) 1 Abg.; 23. Abt. (Aahr, Eßlingen, Konstanz, Neutlingen, Ulm) 1 Abg.; 24. Abt. (Regensburg, Fürth, Erlangen, Würzburg) 1 Abg.; 25. Abt. (Magdeburg, Aachen, Bonn, Revelar) 1 Abg.; 26. Abt. (einzelführende Mitglieder) 1 Abg.

Die eingetragenen Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, Vorschläge zu Kandidaten mit genauer Angabe des vollen Namens, der Adresse und der Mitgliedsbuchnummer des Vorgeschlagenen bis spätestens den 22. Juni an uns einzusenden.

Für die aus mehreren Verwaltungsstellen zusammengesetzten Wahlabteilungen gilt der festgedruckte Ort als Vorort. Derselbe hat die Pflicht, eine Verhändigung über die Kandidatenvorschläge anzubahnen und alle in der Wahlabteilung gemachten Vorschläge zusammenzustellen und den Verwaltungsstellen zu unterbreiten. Ein Sonderrecht des Vorortes besteht also nicht. Die entstehenden Unkosten für Porto usw. werden von der Hauptkasse getragen. Für besondere Wahlquittation bzw. Sonderkandidaturen, die ohne Vermittlung des Vorortes etwa in die Wege geleitet werden, haben die Verwaltungsstellen selber aufzukommen.

Leipzig, den 17. Mai 1919.

Der Vorstand der Kasse.

Georg Zinke, Vorsitzender. R. Städter, Kassierer.

Treibriemensattler

selbständiger Arbeiter, mit langjährigen Erfahrungen, für sofort oder später gesucht.

Heinrich Rute, Braunschweig.

Züchtige Zuschneider

sowie Schärfer f. Fortunaschärfmaschine für sofort gesucht.

F. Kirchner, Kommandit-Gesellschaft,

Reiseartikel und Lederwarenfabrik, Düsseldorf, Kopernikusstraße 26.

Wir brauchen für unseren Betrieb

1 Stanzer, 1 Lederzurichter

welcher schärfen und frispeln kann, für sofortigen Eintritt.

G. & S. Schumacher G. m. b. H., Steffin, Ledertwarenfabrik.

In unserem Betrieb, Fachabteilung **Sport-Bälle** stellen wir eine Anzahl Sattler ein, aber nur solche, welche auf Sport-Bälle jeder Art eingearbeitet sind. **G. & S. Schumacher G. m. b. H., Steffin, Ledertwarenfabrik.**

Wir suchen **tüchtigen, selbständigen Tischner** **C. Leschen & Co., Köln-Nippes, Geldernstraße 46.**

Vorarbeiter für **Handkoffer - Fabrikation**, vielseitig und erfahren, unter günstigen Bedingungen in dauernde Stellung gesucht. Off. u. Chiffre 64 an die Exp. d. Blattes.

Fachbücher für Sattler. Bergerhoff, Der moderne Tapezierer, broschiert 10,10 M., gebunden 12,70 M. Koepper, Der Handwerker als Kaufmann, broschiert 6,45 M., gebunden 7,40 M. Morgenstern, Der Sattlerlehrling, 1 M. Morgenstern, Praktische Buchführung für den Handwerkerstand, 1,10 M. Rausch, Der Wagenfabrikant, broschiert 12,05 M., gebunden 16,20 M. Rausch, Der praktische Sattler, broschiert 15,95 M., gebunden 19,- M. Reibestahl, Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 6,45 M., gebunden 7,40 M. Reusch, Der Wagenkasten und sein Plan, broschiert 6,85 M., gebunden 9,45 M. Reuter, Die Schule des Tapezierers, broschiert 10,10 M., gebunden 14,- M. Schlüter, Zuschneiden der Sattler-, Riemen- und Tischnerarbeiten, in Mappe 10,10 M. Bei Einsendung des Betrages portofreie Zusendung. **Joh. Sassenbach, Berlin 16, Engeliner 15.**

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als **Spezialität** **Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.** Gegründet 1890. Preislisten S. P. gratis und franko.